

5 Qualität im Maßregelvollzug erhalten und die Infrastruktur bedarfsgerecht weiterentwickeln

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2104

Oskar Burkert (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Maßregelvollzug ist eine notwendige Aufgabe einer humanen Gesellschaft. Doch die Aufmerksamkeit, die der Maßregelvollzug bei den Oppositionsparteien in den letzten Wochen gefunden hat, bedarf doch einiger Nachfragen.

Welchen Zweck verfolgt die Opposition? – Mir ist mittlerweile unverständlich, warum dieses Thema in den letzten Wochen ständig im Plenum und im Ausschuss diskutiert wird,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Schlimm genug!)

zumal alle Fragen durch die Landesregierung umfassend beantwortet sind.

(Frank Sichau [SPD]: Nicht zufrieden stellend!)

In den letzten Legislaturen hat es in Nordrhein-Westfalen erhebliche Probleme bei der Schaffung neuer Einrichtungen gegeben. Über die Parteigrenzen hinweg war man sich einig, dass das Thema Maßregelvollzug sehr sensibel und besonnen behandelt wird. Mir ist total unverständlich, warum der Maßregelvollzug auf einmal auf der Agenda der Oppositionsparteien erscheint.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Schlimm genug, dass Ihnen das unverständlich ist!)

Oder will man nur ein politisches Süppchen kochen?

Die Haushaltssituation des Landes Nordrhein-Westfalen ist hinlänglich bekannt. Der Schuldenstand betrug zum Jahreswechsel 112 Milliarden €.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Redebaustein!)

Das bedeutet pro Tag 14 Millionen € Zinsen oder pro Sekunde 160 € Zinszahlungen. Durch Rot-Grün hat Nordrhein-Westfalen jahrzehntelang über seine Verhältnisse gelebt. Der Landeshaushalt ist zu einem Sanierungsfall geworden. Alle Haushaltspositionen gehören deshalb auf den Prüfstand.

Das bedeutet auch, dass es zu einer Kostenreduzierung im Maßregelvollzug kommen muss, um den Landeshaushalt zu entlasten. Der Minister hat am 31. Mai 2006 – nachzulesen im Plenarprotokoll 14/31 – sehr deutlich gesagt:

„Erstens. Wir müssen auch im Maßregelvollzug sparen. Tatsache ist: Viele andere Länder machen das nicht schlechter als wir; aber sie machen es kostengünstiger. Das müssen auch wir schaffen.“

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Steffens?

Oskar Burkert (CDU): Nein, im Moment nicht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Im Moment nicht!)

Zweitens sagte er:

„Wir arbeiten mit Hochdruck daran, die Voraussetzungen für einen kostengünstigen Maßregelvollzug zu schaffen. Dazu gehören der Nachteilschluss, kostengünstige Langzeitunterbringungen und die bundesrechtliche Umkehr der Vollstreckungsreihenfolge bei suchtkranken Straftätern.

Drittens. Es bleibt dabei: An der Sicherheit wird nicht gespart.“ Die Sicherheit der Bevölkerung und der Beschäftigten hat dabei höchste Priorität. Ich sage: Es muss eine Senkung der Kosten von zurzeit 239,31 € Tagessatz erfolgen, ohne dass die Sicherheit des Personals und der Bevölkerung beeinträchtigt wird.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Kümmern Sie sich einmal weniger um Zahlenspiele, sondern mehr um die Betroffenen!)

Die Landschaftsverbände arbeiten zurzeit an Vorschlägen, Kosten im Bereich des Maßregelvollzugs einzusparen. Überdurchschnittliche Aufwendungen für den Maßregelvollzug in NRW gehen nicht einher mit überdurchschnittlichen therapeutischen Erfolgen.

Die gern von Ihnen verbreitete Mär, dass kostengünstigerer Maßregelvollzug zwangsläufig zu längeren Verweildauern führe, widerlegen andere Bundesländer wie Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen. In diesen Ländern ist die Verweildauer von Patienten um ca. 20 % kürzer. Das heißt tatsächlich: Die Verweildauer liegt in diesen Ländern zwischen 44 und 54 Monaten, in Nordrhein-Westfalen bei 62 Monaten. Es muss eine Antwort auf die Frage gefunden werden, warum die Behandlung von psychisch kranken Straftätern hier im Schnitt länger dauert als in manchen Kliniken in anderen Bundesländern.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, darf ich Sie noch einmal unterbrechen? Frau Steffens hat noch einmal nachgefragt, ob sie eine Zwischenfrage stellen kann.

Oskar Burkert (CDU): Nein.

Durch eine umfassende zentrale Diagnostik könnte es besser als bisher gelingen, psychisch kranke Patienten entsprechend ihrer Sicherheits- und Therapieanforderungen in den verschiedenen Maßregelvollzugseinrichtungen einschließlich der Allgemeinpsychiatrie zu platzieren und schneller als bisher einer individuell angemessenen Behandlung zuzuführen. Unnötige Verlegungen und Fehlplatzierungen könnten so reduziert werden.

Ebenfalls zu prüfen ist die durchschnittliche Stationsgröße. Die Stationsgröße liegt zurzeit bei 12,5 Plätzen. Sie könnte auf 18 Plätze erhöht werden. Das würde ebenfalls zur Kostenreduzierung beitragen.

Gleichzeitige Einsparungen sind weiterhin neben dem Nachteinschluss und der Herstellung wirtschaftlicher Stationseinheiten der Abbau von unnötigem bürokratischem Aufwand. Hier muss untersucht werden, welche Mehrfachprüfungen im Bau- und Finanzbereich vermieden werden können.

Im Maßregelvollzug sind einige Straftäter untergebracht, die vorrangig als kriminell anzusehen und therapeutisch nicht erreichbar sind. Es ist zu prüfen, ob für Patienten, die mehr als zehn Jahre im Maßregelvollzug wegen einer Persönlichkeitsstörung behandelt und denen bei der Verurteilung zur Maßregel eine verminderte Schuldfähigkeit zuerkannt wurde, bei denen keine therapeutischen Fortschritte im Hinblick auf eine mögliche Entlassung erzielt werden konnten, die Möglichkeit der Begrenzung der Maßregel und die Einweisung in die nachträgliche Sicherheitsverwahrung oder besser in Long-Stay-Einrichtungen eröffnet wird.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Sie sehen also, dass alle Seiten bereit sind, konstruktiv an allen Lösungen, die zu Einsparungen auf diesem Gebiet führen, mitzuarbeiten.

Das Thema Maßregelvollzug eignet sich meiner Meinung nach nicht dazu, ein politisches Süppchen zu kochen. Ich gewinne aber den Eindruck, dass die Bürger des Landes mit bewusst falschen Behauptungen verunsichert werden sollen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das ist eine Unverschämtheit! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Es ist eine Frechheit, was Sie da von sich geben!)

Es wäre hilfreich gewesen, wenn die Grünen in ihrem Antrag nicht die Unwahrheit behauptet hätten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Arrogante Ignoranz!)

Ich zitiere aus dem Antrag, Abschnitt III.: „Am Übergangsort Rheine sind bereits 78 befristete Stellen gekündigt worden.“ Diese Behauptung ist falsch. Es ist nicht eine einzige Stelle in Rheine gekündigt worden.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Befristete sind nicht verlängert worden!)

Genauso schädlich ist es, dass im Rat der Stadt Lippstadt am 19. Juni eine Resolution eingebracht wurde, die Angst in der Bevölkerung schüren soll, obwohl uns allen mit Schreiben vom 9. Juni mitgeteilt wurde, dass die 1:1-Sonderregelung in Lippstadt Fortbestand hat.

Ich darf alle bitten, die ernsthaft an einer vernünftigen Lösung zur Kostenreduzierung im Maßregelvollzug interessiert sind, kritisch, konstruktiv und zielführend mitzuarbeiten.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Mit solchen Redebeiträgen kriegen wir keinen Konsens hin!)

Dieses sensible Thema ist nicht geeignet, politische Paukenschläge im Lande zu erzeugen. Das hat uns die Diskussion in den vergangenen Jahren nachhaltig gezeigt.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Was machen Sie denn da? Es sind arrogante Paukenschläge, die Sie da loslassen!)

Zusammengefasst: Wir müssen im Maßregelvollzug kostengünstiger werden, Verweildauern verkürzen, Nachteilschluss, Bürokratieabbau, für nicht Therapiefähige oder -willige Lösungen finden, Stationsgrößen überprüfen.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Sie stoßen keine Türen auf, Sie schlagen sie gerade zu!)

An der Sicherheit wird nicht gespart. Die Sicherheit der Bevölkerung und der Beschäftigten hat höchste Priorität. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)